

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 134. Ratssitzung vom 10. März 2021

3674. 2019/226

**Interpellation von Pascal Lamprecht (SP) und Sarah Breitenstein (SP) vom
22.05.2019:**

**Zunehmende Ausschreitungen im Bereich Utoquai, mögliche erkennbare Gründe,
Zusammenhänge und Muster für die aktuellen Ausschreitungen sowie Beurteilung
des Handlungsbedarfs an den Schulen, bei den Eltern und hinsichtlich möglicher
Präventions- und Repressionsmittel**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 996 vom 13. November 2019).

Pascal Lamprecht (SP) nimmt Stellung: Während des Corona-Jahrs beschäftigten wir uns kaum noch mit dem öffentlichen Raum für Jugendliche. Vielfach wurde den Jugendlichen und ihrem Umgang mit der Pandemie sehr wenig Beachtung geschenkt – zumindest in der Anfangszeit. Ich bin sehr froh, dass ich momentan nicht Anfang zwanzig bin. Aber auch wir Erwachsene würden viel dafür geben, wenn wir einen unbekümmerten Sommerabend am See geniessen könnten. Wenn wir über Ausschreitungen debattieren, ist es als Hintergrund hilfreich, die Bewegungen der Jugendgewalt und von Ausschreitungen vor Auge zu halten – insbesondere die 68er-Bewegung und die 1980er-Jahre. Auch dort wurden Schlussfolgerungen gezogen und politische Forderungen gestellt. Ein Kolloquium an dieser Stelle würde aber definitiv zu weit führen. Auffallend ist jedoch, dass Ausschreitungen in Zyklen auftreten und nicht räumlich gebunden sind. Was heute das Seebecken ist, kann morgen der Hirschenplatz und übermorgen der Escher-Wyss-Platz sein. Trotzdem müssen wir den Ausschreitungen auf den Grund gehen. Es gibt vordergründige, kurzfristige Ursachen: Rivalitäts- und Konkurrenzverhalten, Rauschmittelkonsum, Hormonschübe. Einfacher gesagt gibt es Gruppendynamiken im Zusammenhang mit Alkoholkonsum. Spannender wären aber die grundlegenden Ursachen. Gibt es soziodemografische, sozioökonomische oder auch soziogeografische Faktoren? Das wird nicht oder zumindest nicht detailliert erhoben, was aus Datenschutz- und Praxisgründen auch nachvollziehbar ist. Trotzdem könnten diese Faktoren hilfreiche Hinweise oder Muster liefern. Nicht die Nennung einer Wohnortgemeinde einer Randaliererin oder eines Randalierers ist im Einzelfall relevant, sondern die Hintergründe zu den Ausschreitungen allgemein. Grundsätzlich will ich festhalten, dass es gewaltsuchende, gewaltbereite und auch gewaltzuschauende Jugendliche gibt. Bei den Massnahmen ist darum klar zwischen Rädelsführerinnen und Rädelsführern und Mitläuferinnen und Mitläufern zu unterscheiden. Bei den Massnahmen denkt man immer erst an die Repression; die wollen wir nicht verschweigen. Sie halt meist aber nur eine kurzfristige Wirkung. Dazu gehört beispielsweise eine erhöhte Polizeipräsenz. Darunter verstehe ich nicht zwingend die Anzahl der Einsatzkräfte: Das Auftreten der Polizei ist matchentscheidend. Ebenfalls zu repressiven Massnahmen gehören Wegweisungen und Verzeigungen. Die Ursachenwirkung muss aus meiner Sicht sichtbar sein. Darum ist konsequentes und rasches Vorgehen gefordert. Die Videoüberwachung ist auch zu diskutieren. Auch hier muss die Kosten-Nutzen-Rechnung aufgehen. Darum plädieren wir für einen zurückhaltenden,

punktuellen und situativen Einsatz. Genauso zu den Massnahmen gehören Präventionsmassnahmen. Sie haben meist nachhaltige Wirkung. Dazu gehören Soziale Arbeit, niederschwellige Kultur- und Sportangebote und – nicht zu unterschätzen – eine Vorbildfunktion von Freunden, von Älteren, von Lehrerinnen und Lehrern sowie von uns allen. Ich begrüsse darum die konkrete Prävention, die auch in der Interpellationsantwort genannt werden: die erhöhte sip-züri-Präsenz, die Dialogteams und auch insbesondere Anlässe wie «Midnight Sports» und das Street-Soccer-Turnier. Ganz wichtig ist vor allem auch, dass versucht wird, die Mitläufer abzuholen. Ich wünsche mir darum von Stadtrat, dass er die laufenden Präventionsbestrebungen weiterführt und punktuell verstärkt, dass die stadtinterne Zusammenarbeit weiter intensiviert wird, aber auch dass die bisher offenbar nicht vorhandene gemeindeüberschreitende Zusammenarbeit in Angriff genommen wird. Wir müssen grundsätzlich die Tatsache im Auge behalten, dass das Seebecken ein cooler «Club unter freiem Himmel» mit niederschwelligem Zugang für Jugendliche ist – das ist entscheidend. Es ist nur zu gut verständlich, dass sich Jugendliche austoben wollen. Das ist nicht per se schlecht. Negative Auswirkungen gibt es und diese müssen eingedämmt werden. Enorm wichtig in diesem Zusammenhang sind direkte Erfahrungen für unsere Jugendlichen – sei es in der Familie, in der Schule, in der Nachbarschaft oder in der Freizeit. Diese Vorbild- oder soziale Funktion betrifft uns alle und nicht nur staatliche Stellen. Wir alle tragen die Verantwortung für das gesellschaftliche Zusammenleben. In diesem Sinne können die notwendigen Polizeieinsätze sogar als Versagen von unserem gemeinsamen Verhalten angesehen werden. Denn die Polizei muss – überspitzt formuliert – aufräumen, was wir liegen lassen.

Weitere Wortmeldungen:

Sarah Breitenstein (SP): *Die Interpellation wurde zwar bereits vor längerer Zeit eingereicht, das Thema ist und bleibt aber aktuell. Mir ist wichtig, zuerst anzumerken, dass es eine verhältnismässig kleine Gruppe von Jugendlichen ist, die seit Sommer 2018 rund um das Zürcher Seebecken durch ihr Verhalten negativ auffiel. Es bestehen nach wie vor keine Anhaltspunkte, dass die Stadt aktuell und auch vor zweieinhalb Jahren ein eigentliches Problem mit Jugendgewalt hat. Sie nahm in den letzten Jahren nicht wesentlich zu. Die gesamte Situation wurde im Jahr 2018 von den Medien enorm aufgebauscht und der sehr unschöne Vorfall, als Mitarbeiterinnen von Schutz & Rettung angegriffen wurden, führte zu einer verstärkten Wahrnehmung solcher Mitteilungen durch die Bevölkerung. Es gilt aber auch zu bedenken, dass Jugendunruhen historisch gesehen immer wieder in Wellen auftreten. Meistens sind sie Ausdruck davon, dass sich die Jugendlichen eine konsumfreie und selbstverwaltete Nutzung der öffentlichen Räume wünschen und dass sie sich diese oft erkämpfen müssen. Ich begrüsse es darum sehr, dass die Stadt im Bereich der aufsuchenden Jugendarbeit in den letzten Jahren ihr Angebot enorm erweiterte. Ich bin dezidiert der Ansicht, dass mit präventiven Massnahmen und Dialog am meisten erreicht werden kann. Gerade Jugendliche, die sich meist in einer rebellierenden Lebensphase befinden, reagieren kaum auf Repressionen. Im Gegenteil: Sie fühlen sich bedroht und nehmen eine Abwehrhaltung ein, was bei den kontrollierenden Beamten wiederum zu einem bestimmten Auftreten führt und die Abwehrhaltung zusätzlich verstärkt. Man befindet sich schnell in einem Teufelskreis. Dieser kann jedoch*

durch ein zurückhaltendes Agieren und durch Dialogbereitschaft auf Seiten der Polizei und mit dem vermehrten Einsatz der sip züri oder der offenen Jugendarbeit (OJA) im öffentlichen Raum durchbrochen werden. Das in der Interpellationsantwort erwähnte Projekt «Surplus», das vor allem auf die Präsenz von Polizei, sip züri und Suchtprävention setzte, wurde inzwischen durch das OJA-Projekt «Mobile Jugendarbeit Zürich» ergänzt. Das Projekt ist für die Jugendlichen in der Stadt enorm wichtig, weil sie dadurch Unterstützung in ihrem Anliegen erhalten, den öffentlichen Raum für sich beanspruchen zu können. Dieser Aspekt ist sehr zentral und wohl auch ein Mitgrund, warum es gerade am Utoquai zu Ausschreitungen kommt. Die Jugendlichen werden aus den öffentlichen Räumen aus der Stadt verdrängt und sammeln sich an den wenigen verfügbaren Orten an, an denen es dann zwangsweise zu Konflikten kommt und sie von lärmempfindlichen Menschen nicht geduldet werden. Das Fazit ist, dass zu wenig kostenlose öffentliche Freiräume ohne Konsumzwang zur Verfügung stehen. Wenn wir etwas ändern wollen, dann müssen wir die Anliegen und Befürchtungen unserer Jugendlichen endlich ernst nehmen und ihnen zuhören, statt sie zu unterdrücken und zu verdrängen. Ihnen muss der nötige Freiraum gewährt werden.

Claudia Rabelbauer (EVP): Die EVP reichte schon einige Postulate ein, die sich auf die Verhinderung der Verbreitung der Jugendkriminalität bezogen und die leider nicht angenommen wurden. Das war der EVP schon immer ein wichtiges Anliegen. Umso mehr freuten wir uns, dass die SP das Problem erkennt und dem Gewicht verleiht. Ich danke Pascal Lamprecht (SP) und Sarah Breitenstein (SP) dafür. Ich spüre aber auch in den Voten einen inneren Konflikt der SP. Zum einen sind es die präventiven Massnahmen, auf die die SP gerne ausschliesslich setzen will. Es stellt sich aber auch aufgrund der Fragen deutlich heraus, dass es repressive Massnahmen braucht. Auch situativ muss eingeschätzt werden, was Sinn macht und was nicht. Es freut uns, dass auch die Sicherheitsvorsteherin das Problem anerkennt und sich ihm annimmt. Ich denke auch, dass es eine Wirkung haben wird, dass der FCZ ins Boot geholt wurde, wenn sie in die Schule kommen und die Jugendlichen den FCZ live erleben. Vielleicht kann auch der GCZ ins Boot geholt werden; die beiden Clubs Schulter an Schulter wären ein weiteres Vorbild von Fairplay und Umgang.

Yasmine Bourgeois (FDP): Der See ist sehr attraktiv und lockt vor allem im Sommer viele Menschen und auch Jugendliche aus dem ganzen Kanton an. Die FDP sieht, was die Stadt bereits alles leistet, wie in der Interpellation ausführlich beschrieben wurde. Besonders gut finden wir das Projekt «Surplus», mit dem man vor Ort ist und Erfahrungen der Jugendberatung und von sip züri miteinbezieht. Im Projekt werden Analysen durchgeführt, um zu ermitteln, welche weiteren Massnahmen es braucht. Die Polizeipräsenz wurde verstärkt; zeitweise wurden Videokameras eingesetzt und die Leuchtkraft der Lampen erhöht. Wir sind auch der Meinung, dass die Stadt bereits ein sehr vielfältiges Sport- und Kulturangebot anbietet und dass sich verschiedenste Fachstellen präventiv in diesen Bereichen beschäftigen. An den Schulen sehen wir momentan keinen zusätzlichen Handlungsbedarf. Das Zusammenleben der Menschen ist ein Lehrplanthema und wird immer wieder vermittelt und thematisiert. Sozialarbeiter greifen nicht nur ein, wenn etwas geschieht, sondern wirken auch präventiv; verschiedenste Projekte wurden bereits

lanciert. Eines davon ist das Projekt «Konfliktlotsen», in dem die Kinder Schulungen darüber erhalten, wie sie auf Konflikte eingehen und einwirken können. Im Weiteren gibt es die Fachstelle für Gewaltprävention, die immer wieder an Schulen und in der ganzen Stadt tätig ist. Insgesamt sind wir der Meinung, dass die Massnahmen und die Projekte, die die Stadt bereits in Angriff nahm, insbesondere vor Ort weitergeführt werden sollen. Die Situation soll im Auge behalten werden. Abhängig von der Analyse des Projekts «Surplus» können bei Bedarf auch weitere Massnahmen definiert werden.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: *Der Stadtrat beantwortete die Interpellationsfragen bereits im Herbst 2019. Damals reagierten wir rasch und mit unterschiedlichen Massnahmen auf die Vorfälle am Utoquai: Mit repressiven Mitteln, erhöhter Polizeipräsenz, Wegweisungen, Verzeigungen und temporärer Videoüberwachung. Aber ganz bewusst setzten wir auch auf präventive Massnahmen: Eine erhöhte sip-züri-Präsenz, der Einsatz von Dialogteams der Stadtpolizei sowie begleitende bauliche Massnahmen wie das Zurückschneiden der Büsche und Bäumen und eine bessere Beleuchtung. Auch in den Zeiten der Corona-Pandemie blieb der Druck auf den öffentlichen Raum sehr gross oder wurde sogar grösser. Dies zeigen auch aktuelle Entwicklungen in anderen Schweizer Städten, mit denen ich im Austausch stehe. Es entstehen Treffpunkte, gerade auch in der Nacht. Orte wie der Utoquai sind bei Jugendlichen sehr beliebt. Wo viele Jugendliche und junge Erwachsene sind, kommt es zu Konflikten – vor allem im Zusammenhang mit Alkohol. Es gibt jedoch keine erkennbare Szene am Utoquai; die Gruppen sind durchmischt. Unser Ziel ist es, dass es nicht zu Eskalationen kommt. Bereits vorher sollen die präventiven Mittel greifen. Im Jahr 2020 gingen die Eskalationen im Vergleich zu den Vorjahren zurück. Das Projekt «Surplus» mit dem Safe-Space der «Insel» werten wir als Erfolg. Um etwas zu bewirken ist die Zusammenarbeit der verschiedenen Stellen unabdingbar. Diese Zusammenarbeit ist in Zürich etabliert und funktioniert gerade bei diesem Thema ausserordentlich gut, auch über die Departementsgrenzen hinweg. Die jüngsten Vorfälle in der Neujahrsnacht und Anfangs Februar beim Sechseläutenplatz zeigen, dass es die Anstrengungen weiterhin braucht. Zurzeit kommen an den Wochenenden sehr viele Menschen an den See. Bis zu 8000 Menschen befinden sich auf dem Gebiet zwischen See, Sechseläutenplatz und Bahnhof Stadelhofen. Sie kommen nicht nur aus dem ganzen Kanton, sie kommen aus der gesamten Schweiz. Mit den Lockerungen der Corona-Regeln ist anzunehmen, dass das weiterhin so bleibt und zunehmen wird. Die Stadtpolizei nahm ab dem 5. März vorübergehend Videokameras in Betrieb, die den Utoquai, den Sechseläutenplatz sowie die Umgebung des Stadelhoferplatzes überwachen. Die insgesamt 18 Kameras werden am Wochenende eingeschaltet; aber nur in der Nacht und sie sind gekennzeichnet. Die Überwachung ist vorerst für einen Monat vorgesehen. Wir beurteilen die Situation aber fortlaufend. Wir werden unsere Anstrengungen gegen die Gewalt weiterhin bündeln und mit einem breiten Fächer von Massnahmen entgegenwirken – sei es am Utoquai, am Sechseläutenplatz oder woanders in der Stadt.*

Das Geschäft ist nach erfolgter Diskussion erledigt.

5 / 5

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat